

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger

Anzeigen bis vorn. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Altenburgerstr. 32. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedz. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eise; in Wolkensburg bei Herrn Ernst Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dabier; in Siegelheim bei Frl. Schmidt, Postagentur.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Ausperrung, Maschinenbruch, Schwänzen im Betrieb der Druckerei oder anderer Vorfälle, bei der Weiterleitung Anspruch auf Erhalt der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises, für Richtigkeit der durch Fernsprecher ausgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Ersteinstverlagl. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-Pfg. freibl. auschl. Erägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspfl., Sonntags-Nr. 30 R.-Pfl. Anzeigenpreise: 6 Gesp. Zeitzeile 0,15 R.-Mart. 2. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-Mart. 3gesp. Kellamezelle 0,45 R.-Mart. Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 R.-Mart. Nachweise und Offertengebühr 0,20 R.-Mart. Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Veränd. 1873. Fernsprecher Nr. 3. Postfach Nr. 2. Poststation Amt Leipzig Nr. 438. Bankkonto: Vereinsbank in Leipzig, Filiale Waldenburg. Stadtdirektion Waldenburg. Rabatte gelten nur bei pünktlicher Zahlung, bei verspäteter Zahlung der Rechnungsbeträge wird jeder Nachschuß in Anspruch genommen.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlicht zahlreiche andere staatliche, kantonale u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen. Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Bereins (S. V.) - Verlagssort Waldenburg Sachsen.

Ingleich weit verbreitet in den Ortsgemeinschaften der Standesamtsbezirke Altwaldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Wiederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Siegelheim.

Nr. 178 Freitag, den 2. August 1929 52. Jahrgang.

### Berschärfung der Lage in der englischen Baumwoll-Industrie.

#### Amtlicher Teil.

Sonnabend, den 3. August 1929, Vormittags 10 Uhr soll im hiesigen Pfandraume ein **Muffapparat** (Sprechmaschine) mit Schrank meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Der **Rechtsvollzieher des Amtsgerichts Waldenburg**, den 1. August 1929.

Der Reichspräsident empfing gestern Dr. Sven Hedin. Stresemann ist gestern Abend wieder in Berlin eingetroffen.

In der französischen Kammer gab Briand gestern eine Regierungserklärung ab. Die Kammer sprach ihr Vertrauen aus.

Die feinerzeit vom Schwurgericht in Kolmar verurteilten Automobilen Kidlin, Hoffe, Schall und Fasshauer haben beim Kassationsgerichtshof Aufhebung des Urteils von Kolmar beantragt.

Der polnische Außenminister Zaleski ist gestern von Paris nach Warschau zurückgekehrt.

Der russische Eisbrecher „Sedao“ hat auf Franz Josephsland die russische Flagge gehißt und damit die herrenlose Inselgruppe für Sowjetrußland in Besitz genommen.

Schatzsekretär Mellon überreichte dem französischen Botschafter in Washington eine Note, in der die Forderung der Auslieferung des Fälligkeitstages der 400 Millionen Dollarzahlung bestätigt wird.

Die amerikanischen Dauerrefordflieger sind nach 420 Stunden gelandet.

In Nordamerika ist eine neue Hitzewelle aufgetreten.

**Waldenburg, 1. August 1929.**

Wie dieser Tage vom Reichsarbeitsministerium berichtet wurde, hat der Sachverständigenausschuß zur Reform der Arbeitslosenversicherung am 26. Juli seine Arbeiten beendet. Die kurze amtliche Mitteilung über das wesentliche Ergebnis der Beratungen erfährt jetzt eine Ergänzung durch eine Veröffentlichung von Arbeitgebersseite, aus der man einige bemerkenswerte Einzelheiten über den Gang der Verhandlungen und das Stimmenverhältnis bei einzelnen wichtigen Abstimmungen erfährt. Da die Arbeitslosenfrage voraussichtlich noch zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Parteien Anlaß geben wird, sind diese Mitteilungen nicht ohne Interesse.

Die Aufgabe der Sachverständigenkommission bestand hiernach in finanzpolitischer Hinsicht darin, daß ein Votum abgegeben werden sollte, wie 1. eine Befreiung des normalen, für die Zukunft zu erwartenden jährlichen Defizits der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Höhe von 275 Millionen Reichsmark möglich ist, 2. wie der unabhängig hiervon bestehende erhöhte Mehrebedarf der Anstalt für den Winter 1929/30 von etwa 100 Millionen Reichsmark gedeckt werden kann und wie 3. die bestehende Schuldenlast der Anstalt von 350 Millionen Reichsmark dem Reich gegenüber getilgt werden soll. Zahlenmäßig gesprochen stand somit ein Finanzproblem in einer Höhe von 725 Millionen Reichsmark zur Aussprache.

Wie schon mitgeteilt, beziffern sich die vom Ausschuß vorgeschlagenen jährlichen Ersparnisse auf rund 170 Millionen. Es blieb also noch ein jährliches Defizit von rund 100 Millionen zu decken, und zu diesem Zwecke schlägt der Ausschuß eine Erhöhung der Beiträge um 1/2 Prozent vor. Der Wert dieser Vorschläge wird aber dadurch stark beeinträchtigt, daß sie mit wechselnden Mehrheiten beschlossen wurden. Von einer Einigung der verschiedenen Parteien, insbesondere der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, kann nach keine Rede sein, und das wird sich auch bei parlamentarischer Behandlung der Arbeitslosenversicherungsfrage auswirken. Die Arbeitgeberseite hat bei den Verhandlungen die bekannten, in der Zeitschrift der Arbeitgeber zur Reform der Arbeitslosenversicherung vom April des Jahres aufgeführten Forderungen vertreten, während die freien Gewerkschaften, ebenso wie die ursprüngliche Kabinettsvorlage des

Reichsarbeitsministeriums die Sanierung der Reichsanstalt durch Erhöhung der Beiträge um 1 vom Hundert herbeigeführt zu sehen wünschten sowie die völlige Niedererschlagung der der Reichsanstalt gewährten Reichsdarlehen verlangten.

Aus den vom Ausschuß beschlossenen Ersparnismaßnahmen seien folgende als besonders wichtig hervorgehoben:

1. In grundsätzlicher Abweichung von dem bisherigen System des Gesetzes soll in Zukunft die Höhe der Leistungen abhängig sein von der Länge der Anwartschaftszeit, d. h. von der Höhe der Beiträge, die von den einzelnen Versicherten gezahlt werden. Damit wäre der jetzige Grundsatz, daß einer Woche Beitragsleistung eine Woche Unterstützung in unterschiedlicher Höhe gegenübersteht, zugunsten des versicherungsrechtlichen Grundgesetzes aufgegeben, daß minderen Beitragsleistungen auch der Unterstützungshöhe nach geringere Leistungen der Versicherung folgen.

2. Außer diesem Grundsatz, der für sämtliche Erwerbslosen einschließlich der Saisonarbeitslosigkeit gilt, hat der Ausschuß mit Mehrheit beschlossen, für die Saisonarbeitslosen, die im übrigen grundsätzlich in der Arbeitslosenversicherung belassen werden sollen, noch eine verlängerte Wartzeit und eine allgemein auf die Sätze der Krisenfürsorge reduzierte Unterstützung einzuführen.

Weitere Beschlüsse beziehen sich auf die Berechnung des Unterhaltungsbedarfes und auf die Definition des Begriffes „Arbeitslosigkeit“. Ferner ist bei unberechtigter Ablehnung angebotener Arbeitsgelegenheit eine Verlängerung der heute vier Wochen betragenden Sperrfrist beschlossen worden.

Die Arbeitgeberseite hat sich bei diesen Verhandlungen auf den Standpunkt gestellt, daß bei Durchführung der beschlossenen Sparmaßnahmen eine erheblich höhere Ersparnismöglichkeit gegeben ist, die jede Beitragserhöhung überflüssig macht. Sie hat daher den Antrag gestellt, zu beschließen, daß das normale Defizit der Reichsanstalt durch weitere Ersparnisse im Sinne der von ihr gestellten Anträge ohne Beitragserhöhung ausgeglichen werden soll. Dieser Antrag ist jedoch abgelehnt worden, ebenso wie der Antrag der Gewerkschaften und sozialdemokratischen Abgeordneten, die Beiträge um 1 v. H. zu erhöhen. Der von der Kommission schließlich angenommene Antrag, die Beiträge um 1/2 v. H. zu erhöhen, ist in der ersten Lesung mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt, in der zweiten Lesung hingegen mit 16:11 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen worden, und zwar gegen die Stimmen der Arbeitgeber. Man darf wohl annehmen, daß gerade diese Frage der Beitragserhöhung auch bei den Verhandlungen im Reichstag noch eine besondere Rolle spielen wird, da sie bekanntlich auch ein Streitobjekt zwischen den Regierungsparteien ist.

Bei der Aussprache über die zweite Frage, wie der Reichsanstalt hinsichtlich des zu erwartenden Einnahmefalles in Höhe von 100 Millionen Mark für den nächsten Winter geholfen werden soll, wurde ein Antrag der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Abgeordneten, dies durch eine weitere Erhöhung der Beiträge um 1/2 v. H. auszugleichen, abgelehnt. Hierauf wurde ein Beschluß mit Mehrheit gefaßt, wieder gegen die Arbeitgebervertreter, mit Unterstützung der Reichsregierung den Versuch zu machen, für diesen Zweck einen weiteren Ueberbrückungskredit zu beschaffen.

Bei der dritten Frage, die sich auf die der Reichsanstalt bereits gewährten Darlehen in Höhe von 350 Millionen Mark bezieht, wurde der von den sozialdemokratischen Abgeordneten gestellte Antrag auf völlige Niedererschlagung der gewährten Darlehen abgelehnt und hierauf ein Antrag angenommen, wonach die der Reichsanstalt bisher gewährten Darlehen bis zum 1. April 1935 gestundet werden sollen.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages wird bereits Mitte August zur Beratung der Vorlage über die Arbeitslosenversicherungsreform zusammenzutreten; das parlamentarische Schicksal der Reform wird sich also bald klären müssen.

### Vor der Haager Konferenz.

Die letzten Vorbereitungen.

Wenn auch der Beginn der Haager Konferenz amtlich bisher noch immer nicht bekanntgegeben worden ist, so ist doch nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Konferenz am 6. August eröffnet werden wird. Die Verzögerung der Bekanntgabe hängt offenbar mit dem französischen Regierungswechsel zusammen. Die französische Regierung konnte und wollte offenbar nicht ihre Zustimmung erklären, bevor sie nicht vom Parlament bestätigt war.

Wie jetzt feststeht, werden die Sitzungen in dem Sitzungssaal der zweiten Kammer des niederländischen Parlaments stattfinden, während eine große Anzahl der übrigen Räumlichkeiten des niederländischen Parlamentsgebäudes, des sogenannten Binnenhofs, für die Ausschusssitzungen zur Verfügung stehen. Für die Presse werden zwei große Säle und einige anschließende Räumlichkeiten vorbereitet. Hier soll auch die Möglichkeit zur telephonischen und telegraphischen Weitergabe geschaffen werden.

### Dr. Stresemann wieder in Berlin.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist Mittwochabend von seiner Urlaubsreise nach Berlin zurückgekehrt. Auch die übrigen Reichsminister — mit Ausnahme des Reichskanzlers — sind jetzt wieder vollständig in Berlin versammelt. Die Kabinettsitzung, die sich mit den letzten Beschlüssen bezüglich der kommenden Konferenz befaßt, ist jedoch erst für Freitag oder Sonnabend zu erwarten, da in den einzelnen Ministerien noch kurze Vorbesprechungen stattfinden müssen, ehe diese Kabinettsitzung stattfinden kann. An sich wird dieser Kabinettsitzung nur formale Bedeutung zukommen sein, da die Richtlinien, die die deutsche Regierung im Haag zu verfolgen gedenkt, im wesentlichen bereits festliegen.

An der Haltung der deutschen Regierung dürfte sich nichts geändert haben. Deutschland steht somit nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Annahme des Youngplans nur in Frage kommen kann, wenn die völlige Räumung der Rheinlande zugesichert wird. Auch in der Saarfrage und in der Frage der sogenannten Feststellungs- und Verhältniskommission dürfte der deutsche Standpunkt nach wie vor der bisherige sein.

Der englische Außenminister Henderson als Führer des politischen Teils der britischen Abordnung für die Haager Konferenz wird Ende der Woche London verlassen. Er wird sich voraussichtlich vom Haag aus direkt nach Genf begeben zur Teilnahme an der Herbsttagung des Völkerbundes.

### Politische Rundschau

#### Deutsches Reich.

Der Reichspräsident hat für die Opfer des Waldenburger Grubenunglücks als erste Hilfe einen Betrag von 6000 RM zur Verfügung gestellt.

Der am Dienstag Abend in Ruxhaven eingetroffene schwedische Forschungsreisende Sven Hedin ist noch am gleichen Abend über Hamburg nach Berlin gefahren, von wo er nach dreitägigem Aufenthalt nach Stockholm reisen wird, aber nur für zwei Wochen. Dann reist er wieder nach Peking, um von da aus in Karawanenmärschen zu seiner großen Expedition zu stoßen, die im Herzen Zentralasiens auf ihren Führer wartet.

Für den abwesenden Reichsarbeitsminister hat Ministerialdirektor Dr. Sigler dem Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen das Beileid des Reichsarbeitsministeriums zum Tode der um die Heimarbeiterinnen hochverdienten Hauptvorstehenden des Verbandes, Margarethe Behm übermittelt.

Das Lippische Landespräsidium hat soeben, acht Tage vor Ablauf der Eintragungsdauer des Lippischen Volksbegehrens auf Auflösung des Landtages, den Rücktritt des von ihm der evangelischen Volksschule des Landes aufgezwungenen dissidentischen Schulkollegen Dr. Walther verfügt.

75-85  
65-74  
50-60

69-73  
65-68  
57-62  
57-62  
44-56

85  
84-88  
84-86  
83-84  
81-88  
79-74

in Photo  
ie Geistes  
Unterhalt  
30: Jakob  
\* 19.00  
enberische  
des Kunst  
: Kamilla  
Nachtmusik

bbögel.  
uß Land  
rdete Mi  
Kasparle  
: Dichter  
Berlen.  
13.30: Die  
enwart.  
\* 18.55 bis  
en. \* 19.20  
a. Stellen  
: Kamilla  
Konzertin.

e 319.

chunsschri  
ndfunk.  
mpfe gegen  
e. Leipzig  
Einjunkte  
ille.

bedruck  
chnittenen  
der Bluse  
Georgette.  
Seite 11

dem Tof  
dgehülle  
plant am  
Hadebill  
erschuld

dem Tof  
de Chine  
Seide  
17), 6c. 11.

otzmarkt 10